

**Antrag Nr. 12
der Fraktion ÖAAB/Christliche Gewerkschafter
an die 168. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

**Schulautonomiepaket – Erhalt von Klassenschülerhöchstzahl und
Kompetenzen des Schulgemeinschaftsausschusses**

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert den Gesetzgeber auf, im Schulautonomiepaket die konkreten gesetzlichen Vorgaben betreffend Klassenschülerhöchstzahl bzw. Teilungszahlen unverändert fortzuschreiben und Rechte und Kompetenzen des Schulgemeinschaftsausschusses beizubehalten.

Begründung:

Das Schulgesetz sieht grundsätzlich eine Klassenschülerhöchstzahl von 25 vor. Im Fall des gemeinsamen Unterrichtes von nicht behinderten Kindern und Kindern mit sonderpädagogischem Förderbedarf vermindert sich die Klassenschülerhöchstzahl für jedes leistungsbehinderte oder lernschwache Kind um eins und für jedes Kind mit anderer Behinderungsform um zwei.

Der Gesetzesentwurf sieht vor, dass die Eröffnungs- und Teilungszahlen variabel von der Schulleitung festgelegt werden. Nicht vorgesehen ist eine Obergrenze von Schüler/innen pro Klasse. Weiters werden die Rechte der Schulpartner massiv eingeschränkt bzw. erschwert.

Wien hat mit einem enormem Zuwachs an Schüler/innen, einer damit verbundenen Raumnot und einem Mangel an Lehrpersonal zu kämpfen. Es ist daher zu befürchten, dass auch aufgrund knapper finanzieller Ressourcen die Klassen dauerhaft größer werden und die geringen Schulbudgets den Gestaltungsspielraum der Direktion einengen.

Der Gesetzesentwurf sieht des Weiteren vor, dass zwei bis acht Schulstandorte in einem Cluster mit bis zu 2.500 Schüler/innen zusammengefasst werden können - verwaltet von einem/einer Clusterleiter/in und einem Sekretariat. Derzeit ist jede Schule ein eigener Standort mit eigener Direktion. Durch die Verclusterung droht eine massive Verschlechterung der Betreuung von Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern vor Ort.

Im Sinne von Demokratie und Subsidiarität sollen Entscheidungen die Schule betreffend auch an der Schule getroffen werden. Eltern, Lehrer/innen und Schüler/innen wissen am besten, was der Standort braucht. Die Schulpartnerschaft hat sich bewährt.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrstimmig